



# Europäische Antwort auf die COVID-19-Krise

## 1. NIEMANDEN IM STICH LASSEN

- Der Schutz der am stärksten gefährdeten Personen muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt oberste Priorität haben. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die EU die kritischen Notfallvorsorge-, Einsatzbereitschafts- und Reaktionsmaßnahmen der Mitgliedstaaten koordiniert. Die EU muss die Regierungen der Mitgliedstaaten dabei unterstützen, Best Practices zu bündeln und schutzbedürftigen Gruppen und Einzelpersonen, sozial isolierten Menschen, Personen mit bestimmten Vorerkrankungen, Obdachlosen, älteren Mitbürgern und jenen, wie zum Beispiel den Roma (der größten ethnischen Minderheit der EU), die ausgegrenzt werden oder unter Diskriminierung und Ungleichheit beim Zugang zu medizinischer Versorgung leiden, sowie Strafgefangenen zu helfen. Die ständige Versorgung sowie die persönliche Betreuung und Pflege von Personen mit Behinderungen muss garantiert werden.
- Gezielte Maßnahmen müssen ergriffen werden, um Obdachlose zu schützen und um jene NGOs und kommunalen Behörden finanziell zu unterstützen, die an vorderster Front stehen.
- Die Kommission und die Regierungen müssen sicherstellen, dass gesundheitsbezogene Informationen sowie allgemeine Informationen zur öffentlichen Sicherheit klar und verständlich kommuniziert werden. Dazu gehört auch die Bereitstellung in Formaten, die für Personen mit Behinderungen zugänglich sind.
- Wir dürfen auch nicht die am stärksten gefährdeten Menschen vergessen, wie zum Beispiel Flüchtlinge und Asylsuchende, die in unerträglichen Zuständen an den Grenzen der EU gefangen sind. Diese Menschen sollten unverzüglich an sichere Orte in den EU-Mitgliedstaaten gebracht werden, wo sie Zugang zur Gesundheitsfürsorge bekommen, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen alle zur Verfügung stehenden Finanzinstrumente nutzen, um die Hunderttausenden von Menschen in ganz Europa zu unterstützen, die wegen dieser Krise ihre Arbeitsplätze oder ihre Einkommen verloren haben.

- Für jene, die von zu Hause aus arbeiten, sowie für Kinder und Studierende, die lernen müssen, sowie für andere, die sich isolieren müssen, sollte die Kommission sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten aktuelle Telekommunikationsregeln implementieren, damit alle Zugang zu einem erschwinglichen und angemessenen Breitband-Internet-Service haben.
- Die zur Bekämpfung des Gesundheitsnotstands eingeführten Regelungen müssen eine Perspektive zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt sowie zum Schutz von Kindern berücksichtigen, insbesondere in solchen Regionen, in denen Frauen und Kinder unverhältnismäßig stark vom Ausbruch des Coronavirus betroffen sind. Insbesondere müssen Hilfs- und Beratungsstellen für Opfer von Gewalt geöffnet und verfügbar bleiben. Die Berichte zu geschlechtsspezifischer Gewalt dürfen in dieser Zeit nicht als weniger wichtig erachtet oder gar ignoriert werden. Zu den besonderen Maßnahmen sollte gehören, dass die Hilfefon-Dienste verstärkt und Hilfsnetzwerke sowie öffentliche Informationskampagnen unter der Leitung der Kommission organisiert werden, um die Opfer und Zeugen von häuslicher Gewalt über ihre Rechte zu informieren.
- Die Solidarität der EU darf nicht an den EU-Grenzen Halt machen. Ein Kontinent, der so reich und so entwickelt ist wie der unsrige, sollte mit gutem Beispiel vorangehen und andere Länder, die mit COVID-19 zu kämpfen haben, mit der notwendigen humanitären Hilfe sowie mit den besten medizinischen Ressourcen unterstützen. Die EU muss danach bestrebt sein, eine Führungsrolle bei der internationalen Solidarität einzunehmen.
- Die EU muss eine maximale Zusammenarbeit mit der WHO und anderen internationalen Einrichtungen sicherstellen, um eine effektive medizinische Reaktion zu entwickeln (gemeinsame Forschung nach Impfstoffen usw.) und um wissenschaftliche Erkenntnisse auszutauschen.
- Etwaige Einschränkungen von Grundrechten zum Zweck der Bekämpfung von COVID-19 müssen in ihrer zeitlichen Dauer so kurz wie möglich und in jedem Fall geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein. Die Krise darf nicht als Vorwand zur Aushebelung der demokratischen

Gewaltenteilung missbraucht werden. Die Regierungen sollten weiterhin rechenschaftspflichtig bleiben und besondere Befugnisse müssen nach Treu und Glauben ausgeübt werden.

- Wir begrüßen und unterstützen die Erklärung des Europäischen Datenschutzausschusses bezüglich der Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Während anonymisierte und aggregierte Daten, einschließlich aus Mobilfunknetzen, zur Beurteilung der Wirksamkeit der Distanzierungsmaßnahmen durchaus nützlich sein können, lehnen wir ein auf diesen Daten basierendes individualisiertes Tracking ab, weil dieses Vorgehen ohnehin zu unscharf ist, um Kontakte zu lokalisieren und nachzuverfolgen. Stattdessen müssen die Testmaßnahmen massiv verbessert werden, auch im Rahmen einer EU-weiten Koordinierung. Es ist von höchster Bedeutung, dass die demokratische parlamentarische Kontrolle sichergestellt ist, dass eine klar definierte Ablauffrist für diese Notfallmaßnahmen festgelegt wird, und dass diese allmählich, mit fortschreitender Besserung bzw. Lösung der COVID-19-Krise abgebaut werden.
- Die EU muss gegen Versuche vorgehen, die Corona-Notsituation zu missbrauchen, um die Demokratie zu beschneiden und Kritiker gegenüber autoritären Regierungen zum Schweigen zu bringen. Viktor Orbans Notstandsgesetz, das ihn zum Regieren per Dekret ermächtigt, wonach er das Parlament nur noch informieren, jedoch nicht mehr konsultieren muss, und wonach drakonische Strafen für das Verbreiten von Nachrichten, welche die Regierung für Fake News hält, verhängt werden können, ist nicht hinnehmbar. Wir fordern die EU-Kommission dazu auf, diesen autoritären Angriff auf die ungarische Demokratie beim Namen zu nennen, denn die Kommission hat die Demokratie schon in Polen und Rumänien gegenüber unakzeptablen Gesetzesentwürfen verteidigt.
- Die Maßnahmen der Regierungen sowie der Kommission müssen unter strenger öffentlicher und parlamentarischer Kontrolle bleiben, um auch zu garantieren, dass diese als legitim respektiert werden. Daher müssen die Parlamente Wege finden, um handlungsfähig zu bleiben, und gleichzeitig müssen sie mit gutem Beispiel vorangehen und die Anti-Corona-Sicherheitsempfehlungen vorleben. Das europäische Parlament zeigt, wie das digitale Arbeiten und Abstimmen in dringenden Fällen es möglich macht, die europäische Demokratie auch in dieser virusbedingten Notsituation zur Geltung zu bringen.

## **2. DEN BINNENMARKT NUTZEN, UM LEBEN ZU RETTEN**

- Die Regierungen und die EU-Institutionen müssen in größtmöglichem Umfang zusammenarbeiten, um eine koordinierte Reaktion sicherzustellen. Zudem müssen alle relevanten Informationen und Expertenwissen in proaktiver Weise ausgetauscht werden, unter anderem durch Verwendung der gemeinsamen EU-Datenbanken, um sicherzustellen, dass medizinische Güter, Nahrungsmittel und sonstige lebenswichtige Güter und Personen sich frei über Grenzen hinweg bewegen können, um den Bedarf in der gesamten EU zu decken.
- Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen nicht nur den freien Verkehr von medizinischem Material und Geräten wie Schutzkleidung, Testkits und Beatmungsgeräten sicherstellen, sondern auch einen koordinierten EU-weiten

Ansatz, um die Produktion und Verteilung dort zu verstärken, wo diese Güter am meisten benötigt werden. Dazu könnte die Einrichtung gemeinsamer Beschaffungsmaßnahmen und Materialanforderungen im Schnellverfahren gehören, wo dies im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

- Der Bedarf an Krankenhausbetten muss ermittelt werden und die Versorgung muss kooperativ und EU-weit erfolgen, damit Länder mit ungenutzte Kapazitäten den am stärksten unter Druck stehenden Ländern helfen können.
- Die Kommission muss, zumindest während der Dauer der Krise, etwaige durch Patentrechte auf medizinische Produkte oder durch Beschränkungen der wissenschaftlicher Forschung oder durch Bestimmungen in Handelsabkommen bedingte Vertriebs- und Handelsbarrieren bezüglich der Produktion und Distribution von Artikeln, die

für die medizinische Reaktion auf COVID-19 von wesentlicher Bedeutung sind, aufheben oder ignorieren.

- Während vorübergehende Grenzmaßnahmen vertretbar sind, sofern sie geeignet, verhältnismäßig und zeitlich beschränkt sind, dürfen sie nicht die Freizügigkeitsrechte verletzen, und insbesondere nicht gegen den Grundsatz der Nichtdiskriminierung verstoßen. Der grenzüberschreitende Verkehr von Grenzgängern, insbesondere von Beschäftigten in der Gesundheits- und Altenpflege, aber auch im Nahrungsmittelsektor (einschließlich Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft), darf nicht eingeschränkt werden und ihr Gesundheitsschutz muss gewährleistet werden. Ferner dürfen die Grenzmaßnahmen weder das Asylrecht, noch das Recht auf Familiennachzug noch das Recht auf Achtung des Familienlebens beeinträchtigen, und sie dürfen nicht dazu führen, dass Personen daran gehindert werden, in ihr Heimatland zu reisen. Die Grenzen müssen für den Handel offen bleiben, insbesondere zur Versorgung mit Nahrungsmitteln. Die Kontrollen müssen zügig durchgeführt werden, damit Frischware nicht verdirbt. Der Bedarf an Saisonarbeitskräften in der Landwirtschaft wird noch dringlicher werden, falls, so wie viele voraussehen, eine zweite COVID-19-Welle mit der Erntezeit zusammenfällt.
- Solange die Situation der langen Schlangen und der Verweigerung der Einreise an bestimmten Grenzen zwischen Mitgliedstaaten sowie an Grenzen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten unter Kontrolle ist, sollten alle Exporte von lebenden Tieren in Nicht-EU-Staaten sowie alle Transporte von lebenden Tieren auf Strecken von über acht Stunden zwischen Mitgliedstaaten ausgesetzt werden.
- Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass sämtliche Barrieren auf EU-Ebene im Binnenmarkt und die Regeln der Wirtschafts- und Währungsunion schnell erkannt und beseitigt werden, um angemessene nationale Maßnahmen zu ermöglichen, wie zum Beispiel die Stundung oder die vorübergehende Senkung von Steuern, Zinsen auf Darlehen, Mieten, Rechnungen für Versorgungsleistungen (Gas, Wasser und Strom) und sonstige Fixkosten – dadurch soll die finanzielle Belastung von Einzelpersonen und Unternehmen (insbesondere KMUs) gelindert werden.

### **3. KRISENHAUSHALTE BEDEUTEN INVESTITION, NICHT AUSTERITÄT**

- Was die Bürger jetzt am meisten brauchen, ist die Gewissheit, dass die führenden Politiker (von der nationalen bis hin zur kommunalen Ebene) und die EU-Institutionen gemeinsam und entschlossen handeln und alle notwendigen Maßnahmen treffen werden. Wir rufen diese Amtsträger dazu auf, auch außerhalb der selbstauferlegten institutionellen Beschränkungen nach Lösungen zu suchen und beim Finden und Bereitstellen von medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Mitteln zur Überwindung von COVID-19 mutig und kreativ zu sein.
- Wir begrüßen die Investitionsinitiative der Kommission zur Bewältigung der Coronakrise, aber die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten müssen noch weiter gehen und dringend jeden Eurocent, der noch keinem EU-Haushalt zugewiesen wurde, sowie alle nicht gebundenen Gelder im EU-Haushalt finden und einsetzen – sei es aus den Mitteln der gemeinsamen Agrarpolitik, aus dem Kohäsionsfonds, aus

dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung oder aus dem Europäischen Sozialfonds, um den medizinischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedarf zur Bekämpfung von COVID-19 zu decken. Die Bedürfnisse in den Ländern, die bereits vor COVID-19 wirtschaftlich in Mitleidenschaft gezogen waren, müssen in besonderer Weise beachtet werden.

- Die EU-Institutionen sollten rasch aktiv werden, um eine beträchtliche Intensivierung der Programme und Erhöhung der Geldmittel zu ermöglichen, die im Rahmen der EU-Reaktion auf die COVID-19-Krise mobilisiert werden. Der EU-Haushalt 2020 bietet Spielraum und Flexibilitätsinstrumente von mehr als

4,0 Milliarden Euro, die dringend mobilisiert werden müssen. Keine EU-Region darf im Stich gelassen werden.

Die EU-Institutionen sollten rasch handeln und noch vor der Sommerpause den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) einer Überprüfung hinsichtlich seiner Obergrenze unterziehen, um eine beträchtliche Steigerung der Programme und Geldmittel zu ermöglichen, die im Rahmen der EU-Reaktion auf die COVID-19-Krise mobilisiert werden.

- Die EU-Institutionen müssen einen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) verabschieden, in dem die langfristigen Grenzen des EU-Haushalts festgelegt werden und in dem der Bedarf nach einer Gesamtgröße des Haushalts von 1,3 Prozent des BIP akzeptiert wird, damit die EU die Resilienz hat, deren Notwendigkeit durch die Krise offenbar wurde.
- Noch vor dem Sommer muss die EU für den Haushalt des nächsten Jahres mehr Sichtbarkeit und Vorhersehbarkeit sicherstellen, entweder indem der bevorstehende MFR in der zuvor genannten Höhe verabschiedet wird oder indem ein Krisenplan beschlossen wird, um eine allgemeine Einstellung der EU-Programme Ende 2020 zu vermeiden.
- Es ist von kritischer Bedeutung, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus seine vorsorglichen Kreditlinien auf Länder erweitert, die infolge der finanzielle Notlage wegen COVID-19 nach einem Zugang zu solchen Kreditlinien streben. Aufgrund der außergewöhnlichen Natur der aktuellen Krise darf die Finanzierung nicht an steuerliche Auflagen gebunden sein.
- Den Mitgliedstaaten, die am schwersten betroffen sind, wie zum Beispiel Italien, sollte finanziell geholfen werden, ohne Kredite aufnehmen zu müssen und ohne politisch gefährliche Bedingtheiten. Regierungen und EU-Institutionen sollten mit Dringlichkeit gemeinsam daran arbeiten, Eurobond-Fazilitäten einzurichten, um zur Beschaffung von Finanzmitteln für Gesundheits- und Aufschwungstrategien beizutragen.  
Die EU-Mitgliedstaaten sollten eine beträchtliche Kapitalspritze für die Europäische Investitionsbank (EIB) beschließen, um diese in die Lage zu versetzen, schnell ihre wesentliche Schlagkraft einzusetzen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 abzumildern, einschließlich der Einrichtung einer neuen EIB-Kreditlinie, um für kleine und mittlere Unternehmen eine dauerhafte Liquidität zu gewährleisten.
- Den KMUs kann man weiter helfen, indem die Regeln des öffentlichen Beschaffungswesens dahingehend geändert werden, dass lokale Firmen bei öffentlichen Ausschreibungen bevorzugt werden können.
- Diese Krise hat es einmal mehr deutlich gemacht, dass die EU, und insbesondere die Eurozone, nicht über die Werkzeuge zur wirtschaftspolitischen Steuerung verfügen, die es ermöglichen würden, Geldmittel dorthin zu transferieren, wo sie benötigt werden, um die wirtschaftlichen Bedingungen zu stabilisieren. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass bei den laufenden Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) der Bedarf zur Stabilisierung Berücksichtigung findet. Zu diesen Reformen gehört das Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit, sowie Überlegungen hinsichtlich eines Rückversicherungssystems für die nationalen Sozialversicherungssysteme.



- Die Solidarität, einschließlich finanzieller Unterstützung, muss auf unsere Nachbarn ausgeweitet werden, einschließlich der Länder auf dem Westbalkan, die an ihrem zukünftigen Beitritt zur EU arbeiten. Angesichts der aggressiven russischen und chinesischen Propaganda-Bemühungen, die COVID-19-Pandemie zu dem Zweck zu missbrauchen, die EU zu unterminieren und in den lokalen Bevölkerungen Misstrauen gegenüber der EU zu erzeugen, ist es von entscheidender Bedeutung, diesen Narrativen zu widersprechen und den finanziellen, technischen und medizinischen Support seitens der EU effektiv zu fördern und zu kommunizieren.
- Nun ist es von kritischer Bedeutung, dass der „Europäische Stabilitätsmechanismus“ – der Fonds, der genau zu diesem Zweck eingerichtet wurde – unverzüglich die vorsorglichen Kreditlinien auf die Länder erweitert, die möglicherweise in eine finanzielle Notlage geraten. Diese Finanzierung darf nicht an Bedingungen der sogenannten Austerität gebunden sein, so wie dies in der Vergangenheit geschehen ist. Ebenso wichtig ist es, ein zinsfreies Darlehenssystem für die nationalen Sozialversicherungssysteme einzurichten, um reduzierte Arbeitszeiten zu unterstützen, sei es für abhängig Beschäftigte oder für Selbstständige sowie für Arbeitnehmer, die von einstweiligen Kündigungen betroffen sind.
- Die COVID-19-Krise macht die entscheidende Bedeutung von solide finanzierten, gut koordinierten, kostenlosen und allgemein zugänglichen öffentlichen Gesundheitssystemen deutlich. Beim Festlegen von Prioritäten bezüglich der Finanzierung und der Arbeitsbedingungen in diesem prioritären öffentlichen Sektor, sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene, sollte dies niemals vergessen werden.

#### **4. WIR MÜSSEN EINE BESSERE ZUKUNFT AUFBAUEN**

- Wir müssen die zentralen Lektionen aus der aktuellen Krise lernen und gemeinsam daran arbeiten, schnell sämtliche notwendigen Mittel auf EU-, nationaler und internationaler Ebene bereitzustellen, um solche Krisen in der Zukunft mit Zuversicht anzugehen.
- Die COVID-19-Krise hat uns gezeigt, dass wir mehr Europa brauchen und nicht weniger. Wir sind mehr denn je davon überzeugt, dass die Konferenz zur Zukunft Europas eine Führungsrolle hinsichtlich der Reformen der Union und ihrer Mechanismen zur Entscheidungsfindung einnehmen muss. Die EU muss in die Lage versetzt werden, in Krisenfällen einheitlich und solidarisch zu entscheiden und zu handeln.
- Wir sind der Überzeugung, dass diese Krise unsere Entscheidungsträger dazu bewegen sollte, unser sozialökonomisches System zu überdenken, um es für systemische Bedrohungen belastbarer zu machen – ganz gleich, in welchem Bereich diese ihren Ursprung haben, sei es Umwelt, Medizin, Wirtschaft oder Gesellschaft. Wir müssen unsere Systeme umbauen, unter Berücksichtigung planetarischer Grenzen, und wir müssen die lebenswichtige öffentliche Versorgung und andere Einrichtungen finanziell gut ausstatten, um eine faire und resiliente Gesellschaft sicherzustellen.
- COVID-19, Schweinegrippe, SARS, MERS, all diese Krankheiten entstanden,



nachdem Viren von Tieren auf Menschen übertragen wurden. Die Schnittstelle zwischen Menschen und Tieren muss im Fokus der internationalen Zusammenarbeit stehen, um Verbesserungen sicherzustellen, die das Risiko zukünftiger Epidemien reduzieren.

- Diese Krise hat deutlich gemacht, wie sehr wir alle von der enorm wichtigen Arbeit von häufig unterbezahlten und überarbeiteten Berufsgruppen in Krankenhäusern, Geschäften und Pflegeeinrichtungen – von denen die meisten Frauen sind – abhängig sind. Und viele von ihnen arbeiten in direktem Kontakt mit anderen, trotz der damit verbundenen Gefahr einer Infektion. Nach der akuten Krise dürfen wir den Beitrag dieser Menschen nicht vergessen und sollten unsere Dankbarkeit zum Ausdruck bringen, indem wir für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen sorgen.
- Der Kampf gegen den Klimawandel und gegen den Verlust der Biodiversität bietet ein Potenzial für die Schaffung zahlreicher Arbeitsplätze und für die wirtschaftliche Entwicklung, die zur wirtschaftlichen Erholung der EU nach dem COVID-19-Schock beitragen kann. Über die Finanzierung der dringenden kurzfristigen Bedürfnisse hinausgehend, sollten die Finanzmittel auf EU-Ebene massiv erhöht werden – unabhängig davon, ob diese aus dem EU-Haushalt, vom ESM oder von der EIB stammen – und in ein EU-weites Investitionspaket für eine umweltfreundliche Erholung der Wirtschaft kanalisiert werden, welches weitaus ambitionierter ist als der derzeitige Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa.